



## **Niederschrift**

### **I. Öffentlicher Teil**

Sitzung	des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturwandel
Ort:	Existenzgründerzentrum "Startblock B 2", Siemens-Halske-Ring 2, 03046 Cottbus, Beratungssaal
Datum	20.03.2023
Beginn	18:30 Uhr
Ende	20:27 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Berichte und Informationen
  - 6.1. Smart City - Teilprojekt Bürgerportal inklusive Dokumenten Management System
  - 6.2. Nachfragen zu den Berichten der letzten Sitzung
  - 6.3. Informationen zum JOB DAY am Samstag, 8.4.2023
7. Vorlagen der Verwaltung
  - 7.1. Einrichtung der „Klima-Kommission der Stadt Cottbus/Chósebusz“  
Vorlage: V-002/23
  - 7.2. Leitlinie „Klima-Kommission der Stadt Cottbus/Chósebusz“  
Vorlage: V-003/23
  - 7.3. Wahl- und Berufungsverfahren der Klima-Kommission der Stadt Cottbus/Chósebusz  
Vorlage: V-004/23
8. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 8.1. Verzicht auf Lichtmastplakatierung  
Vorlage: AT-08/23
9. Sonstiges

## II. Nicht öffentlicher Teil

1. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
2. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
3. Berichte und Informationen
4. Vorlagen der Verwaltung
5. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Sonstiges
7. Schließung der Sitzung

## **Anwesenheitsliste**

### **Vorsitz**

Herr Gunnar Kurth,

### **1. stellvertretender Vorsitz**

Herr Hagen Strese,

### **Mitglied der Stadtverordnetenversammlung**

Herr Klaus Groß, Herr Joachim Käks, Herr Torsten Kaps, Herr André Kaun, Frau Lena Kostrewa, Herr Matthias Loehr, Herr Heinz-Dieter Markusch, Herr Hans-Joachim Weißflog,

### **Sachkundige/r Einwohner/in**

Frau Nora Baum, Herr Olaf Biemann, Herr Benjamin Ehlers, Herr Peter Fritsch, Herr Joachim Gaßmann, Herr Andreas Grenz, Herr Detlef Krebs, Herr Michael Pohl, Herr Jonathan Weinert,

Abarbeitung der Tagesordnung

**TOP 1**

**Eröffnung der Sitzung**

Herr Kurth eröffnet die Sitzung.

**TOP 2**

**Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Kurth stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Der Fachausschuss ist laut Anwesenheitsliste mit 10 Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

**TOP 3**

**Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung**

Niederschrift vom 13.02.2023

**mehrheitlich beschlossen**

Ja 4 Nein 1 Enthaltung 5

Herr Käks kritisiert, dass seine Äußerungen und Forderungen zum Schulentwicklungsplan nicht im Protokoll enthalten sind. Herr Streese bestätigt diese Feststellungen. Herr Käks fordert, dass seiner Äußerungen zum SEP in das Protokoll aufgenommen werden. Der Ausschuss verständigt sich darauf, diese im Protokoll der Sitzung vom 20.03.2023 aufzunehmen. Sie sind nachfolgend rot eingefügt:

**Ergänzung zum Protokoll vom 13.02.2023 zu TOP 5**

Herr Käks fragt und äußert:

Gibt es eine zusammenhängende Verfahrensakte mit der Möglichkeit zur Einsichtnahme für Stadtverordnete?

Werden/wurden die Stellungnahmen der Beteiligten (Schulen, Verbände usw.) ausgewertet berücksichtigt und dokumentiert?

Sein Eindruck vom SEP, es ist eine gute Bestandsaufnahme, Lösungsansätze im Wesentlichen Fehlanzeige. Diese Aussage unterstreicht die Tatsache, dass der dringend notwendige Schulneubau weiter verzögert wird (6x Planungsbeginn, das heißt weiterhin vieles offen).

Die Lösungsansätze für die Grundschule in Dissenchen sind unzureichend (durch die geplante Bebauung wird im Bereich der Außenanlage weiter reduziert.)

Forderung: Der SEP sollte jährlich mit dem Haushalt auf die Tagesordnung der relevanten Ausschüsse.

**TOP 4**

**Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung**

**einstimmig beschlossen**

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 5**

**Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **TOP 6**

### **Berichte und Informationen**

#### **TOP 6.1**

#### **Smart City - Teilprojekt Bürgerportal inklusive Dokumenten Management System**

Informationen zum Projekt

Frau Dr. Baumann, FBL Hauptamt

Frau Dr. Baumann erläutert das Teilprojekt Bürgerportal inklusive Dokumenten Management System anhand beigefügter Präsentation (siehe Anlage 1).

Herr Kaps fragt, inwieweit sich das Thema Datenschutz als Problem darstellt. Frau Dr. Baumann erläutert, dass es einen intensiven Austausch mit dem Verantwortlichen gibt. Das Gremium legt fest, den Datenschutzbeauftragten in den Ausschuss einzuladen.

Herr Weißflog fragt, wann das Bürgerportal startklar ist. Frau Dr. Baumann erläutert, dass ca. 6000 Leistungen individuell bearbeitet werden müssen und eine Priorisierung erfolgt.

Herr Grenz fragt nach der Praxisverfügbarkeit und verweist auf das Beispiel Terminbuchung/Terminabsage für die Kfz-Anmeldung sowie Informationsverlust bei Abwesenheiten. Frau Dr. Baumann erläutert, dass es zukünftig Funktionspostfächer für die Sachbearbeiter gibt. Weiterhin ist die Trennung zwischen dem Bürgerportal und dem Dokumentenmanagement zu beachten. Es erfolgt eine intensive Testphase.

Herr Groß fragt nach, ob die Anbieter vom digitalen Rathaus bekannt sind. Frau Dr. Baumann bestätigt dies und informiert, dass eine Marktplayerrecherche durchgeführt wurde und keine eigene Programmierung für Standardthemen erfolgt.

Herr Weinert fragt, was sich seit 2020 verändert hat. Frau Dr. Baumann erläutert, dass sich die Anzahl der Lizenzen und Schnittstellen erhöht hat. Des Weiteren wurden weitere Funktionalitäten beschafft. Das Dokumenten Management System ist die interne Sicht, erhöht die Transparenz und ist die Voraussetzung für ein medienbruchfreies Bürgerportal. Die Prozesse werden erst noch angeschaut.

Herr Jähne fragt, wieviel neue dauerhafte IT-Stellen geschaffen wurden. Frau Dr. Baumann antwortet 7 neue Dauerstellen.

Herr Kurth fragt nach der Höhe des Smart City Budget. Herr Korb antwortet, zur Zeit 2,2 Mio. Euro, zukünftig ca. 3 -3,5 Mio. Euro. Frau Dr. Baumann verweist darauf, dass das Onlinezugangsgesetz Pflicht ist, die Verknüpfung und interne Digitalisierung nicht, und dass die medienbruchfreie Digitalisierung viele einzelne Prozesse mit erheblichem Aufwand erfordert, zu betrachten.

Frau Kostrewa sagt, dass dies ein sauber geplantes Projekt ist und dafür viel Manpower erforderlich ist.

Herr Grenz fragt nach den Erwartungen und ob damit Personaleinsparungen erzielt werden. Frau Dr. Baumann antwortet, dass es oberstes Ziel ist, durch die Digitalisierung den Beschäftigten die Möglichkeiten zu schaffen, aktuelle Be- und Überlastungen abzubauen. Zuschnitte von Aufgaben auf Personal sind Entscheidungen der Fachbereichsleitungen. Damit kann das vorhandene Personal ggf. effizienter eingesetzt werden.

Herr Kurth äußert, dass der Mehrwert des Projektes nicht in der Personaleinsparung liegt und fragt nach den Fristen zum Onlinezugangsgesetz (OZG). Frau Dr. Baumann antwortet, dass das Ziel vom Bund der 1.1.2023 war, für das OZG 2.0. keine neue Frist gesetzt ist, es handelt sich um eine Daueraufgabe.

Herr Kurth fragt nach der finanziellen Unterstützung für die Kommunen durch den Bund. Herr Korb antwortet, das Smart City 2024 endet und ein Verlängerungsantrag gestellt wird. Frau Dr. Baumann erläutert, dass in Brandenburg nur die EfA-Leistung (Einer-für-Alle – zentral programmierte Lösungen zur Nachnutzung für alle Kommunen) über die Finanzmittel des Bundes unterstützt werden. Diese EfA-Leistungen sind aktuell nicht unbedingt in allen Themen sinnvoll nachzunutzen für die Kommunen, die Kosten dafür teilweise sehr hoch. Hier muss die Stadt entscheiden, ob es eigene Lösungen umsetzt oder die zentral bereitgestellten.

Herr Kurth fragt nach der Kooperation mit anderen Kommunen. Frau Dr. Baumann antwortet, dass ein enger Austausch mit der TUIV erfolgt, es regelmäßige Treffen und Arbeitskreise gibt.

## **TOP 6.2**

### **Nachfragen zu den Berichten der letzten Sitzung**

Smart City - Teilprojekt Express Check-In

Smart City - Teilprojekt Open Data Portal und 3D-Stadtmodell

Es gibt keine Nachfragen.

## **TOP 6.3**

### **Informationen zum JOB DAY am Samstag, 8.4.2023**

Herr Korb, Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft, Digitalisierung und Strukturentwicklung

Herr Korb informiert über den aktuellen Stand zum JOB DAY:

Die EGC bereitet den Tag vor. Gegenwärtig sind 17 Unternehmen angemeldet. Themen sind Arbeit, Wohnen und Betreuung sowie Kultur und Freizeit. Das Rahmenprogramm steht fest. Alexander Knappe ist mit dabei.

Herr Loehr fragt, warum der 8.4. als Veranstaltungstag gewählt wurde, da zur Zeit viele ähnliche Veranstaltung stattfinden, bspw. Jobregional am 25.3.

Herr Korb antwortet, dass diese Argumente vorgetragen wurden und nach Prüfung die Entscheidung auf den 8.4. gefallen ist.

## **TOP 7**

### **Vorlagen der Verwaltung**

Herr Kurth führt in das Thema ein und sagt, dass Controlling für dieses Vorhaben wichtig ist.

Herr Korb erläutert, weshalb das Vorhaben Klima-Kommission erforderlich ist. Der Vortrag ist als Anlage 2 beigefügt.

Herr Kurth sagt, dass die Hinweise aus der vorangegangenen Diskussion aufgenommen wurden.

Herr Weißflog sagt, dass das Klimaschutzkonzept als Idee bereits 2021 diskutiert wurde.

Herr Käks sagt, dass er kein Verständnis dafür hat, dass aus der Kommission die Abgeordneten herausgehalten werden. Der Personenkreis ist einseitig gestickt. Die Kommission an sich ist gut, aber sie muss fachtechnischer ausgestaltet werden. Wie machen es andere?

Herr Korb erläutert, dass die Kommission die Abgeordneten beraten soll. Der Gutachter erstellt das Konzept, daraus werden Vorschläge erarbeitet und diese diskutiert und beraten. Am 27.4.2023 findet die Auftaktveranstaltung statt.

Herr Kurth sagt, dass es keine statische Geschichte ist, eine Überprüfung erfolgt.

Herr Käks sagt, dass die Abgeordneten den Menschen die Entscheidungen vermitteln müssen.

Herr Streese sagt, dass das ingenieurtechnische Personal fehlt. 9 Personen sind zu wenig, die Kommission ist breiter aufzustellen. Es ist Fachpersonal einzubinden.

Herr Loehr sagt, dass das Vorschlagsrecht für die Liste auch bei den Fraktionen liegt. 9 Personen sind gut, externe Beratung ist möglich.

Herr Groß sagt, dass realistisch rangegangen werden muss und so viel Fachkenntnis wie möglich einzubinden ist.

Herr Weißflog sagt, dass das Arbeitsgremium mit 9 Personen gut ist. Wer in die Kommission gewählt wird entscheidet die Politik. Jeder Abgeordnete hat das Vorschlagsrecht für die Adressliste.

Frau Kostrewa fragt, wann die Wahl der Klima-Kommission erfolgt. Herr Korb antwortet im April 2023.

Herr Korb sagt, dass 9 Personen eine gute Anzahl ist. Die Jugend ist zu beteiligen. Es gibt Vorgaben wer zu beteiligen ist, Vertreter aus der Gesellschaft müssen dabei sein.

Die Abgeordneten stimmen im Block über alle drei Vorlagen ab.

### **TOP 7.1**

#### **Einrichtung der „Klima-Kommission der Stadt Cottbus/Chósebuz“**

**Dokument: V-002/23**

#### **zur Beschlussfassung empfohlen**

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3

### **TOP 7.2**

#### **Leitlinie „Klima-Kommission der Stadt Cottbus/Chósebuz“**

**Dokument: V-003/23**

#### **zur Beschlussfassung empfohlen**

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3

### **TOP 7.3**

#### **Wahl- und Berufungsverfahren der Klima-Kommission der Stadt Cottbus/Chósebuz**

**Dokument: V-004/23**

#### **zur Beschlussfassung empfohlen**

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

### **TOP 8**

#### **Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **TOP 8.1**

##### **Verzicht auf Lichtmastplakatierung**

**Dokument: AT-08/23**

Herr Loehr erläutert, dass mit dem Antrag die Diskussion zu diesem Thema begonnen werden soll und nennt die Stichpunkte:

- Stadtbild in Wahlkampfzeiten
- Ressourcen schonen
- Chancengleichheit im Wahlkampf
- weniger Beeinträchtigung im Straßenverkehr
- Müll und Kosten für den Bürger
- Stärkung der regionalen Kulturszene durch weniger Wahlplakate
- dauerhafte Regelung angestrebt

Herr Loehr wünscht eine inhaltliche Diskussion bis Juni in den Fraktionen.

Herr Groß weist auf den Rechtsausschuss hin.

Herr Grenz sagt, dass es sich um Landesrecht handelt. Eine Festlegung, was wo beworben wird ist nicht zielführend und stellt eine Einschränkung dar.

Herr Weißflog sagt, dass der Antrag auf die Kommunalwahl bezogen ist und das Rechtsamt der Stadt die rechtlichen Grundsätze prüfen soll.

Herr Weinert sagt, dass der Vorschlag zu weit geht. Er schränkt den Wahlkampf ein. Er schlägt vor, eine Obergrenze für Plakate festzulegen.

Herr Kurth sagt, dass die finanziellen Auswirkungen zu prüfen sind und heute keine inhaltliche Diskussion erfolgen soll.

Herr Kaps sagt, dass viele Aspekte zu beachten sind und ein sachliches Durcharbeiten erforderlich ist.

Herr Ehlers sagt, Plakate gehören zum Wahlkampf.

Über den Antrag wird nicht abgestimmt.

**TOP 9**  
**Sonstiges**

Es liegen keine Themen vor.

Cottbus/Chósebuz, 21.04.2023

gez. Gunnar Kurth  
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturwandel